

**Protokoll**  
**über die 33. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen am**  
**28.04.2016**

**Beginn:** 18:00 Uhr  
**Ende:** 19:50 Uhr  
**Ort:** Multifunktionsraum, E 070, Stadthaus, Am Packhof 2-6,  
19053 Schwerin

---

**Anwesenheit**

**1. Stellvertreter des Vorsitzenden**

Schmidt, Stefan entsandt durch Fraktion DIE LINKE

**2. Stellvertreter des Vorsitzenden**

Rudolf, Gert entsandt durch CDU-Fraktion

**ordentliche Mitglieder**

|                    |                                            |
|--------------------|--------------------------------------------|
| Döring, Karin      | entsandt durch Fraktion DIE LINKE          |
| Haacker, Frank     | entsandt durch CDU-Fraktion                |
| Lerche, Dirk       | entsandt durch ZG AfD                      |
| Mecklenburg, Frank | entsandt durch SPD-Fraktion                |
| Steinmüller, Rolf  | entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger |

**stellvertretende Mitglieder**

Dorfmann, Regina entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**beratende Mitglieder**

Walther, Manfred entsandt durch Seniorenbeirat

**Verwaltung**

Riemer, Daniel  
Ruhl, Andreas

**Gäste**

Kalies, Sebastian  
Nieke, Lutz

**Leitung:** Stefan Schmidt

**Schriftführer:** Ingrid Arlt

## **Festgestellte Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigen von Sitzungsniederschriften
  - 2.1. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 31. Sitzung vom 31.03.2016 (öffentlicher Teil)
  - 2.2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 32. Sitzung vom 18.04.2016 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Beratung von Beschlussvorlagen
  - 4.1. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Klärschlamm-Kooperation Mecklenburg-Vorpommern GmbH  
Vorlage: 00658/2016
5. Sonstiges
  - 5.1. Verfahren zur Berichterstattung zum Haushalt  
Wiedervorlage aus der FiA Sitzung am 31.03.2016
  - 5.2. Beratung zu den wesentlichen Punkten im Hpl Entwurf 2017  
Wiedervorlage aus der FiA Sitzung am 31.03.2016

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

- zu 1        Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

**Bemerkungen:**

Der heutige Ausschussvorsitzende Herr Schmidt eröffnet die Ausschusssitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der vorgelegten Tagesordnung wird ungeändert zugestimmt.

- zu 2        Bestätigen von Sitzungsniederschriften**

- zu 2.1     Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 31. Sitzung vom 31.03.2016 (öffentlicher Teil)**

**Bemerkungen:**

Der Sitzungsniederschrift wird ohne Änderungen beschlossen.

- zu 2.2     Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 32. Sitzung vom 18.04.2016 (öffentlicher Teil)**

**Bemerkungen:**

Die Sitzungsniederschrift wird ohne Änderungen beschlossen.

- zu 3        Mitteilungen der Verwaltung**

**Bemerkungen:**

Es gibt keine Mitteilungen der Verwaltung.

- zu 4        Beratung von Beschlussvorlagen**

- zu 4.1     Änderung des Gesellschaftsvertrages der Klärschlamm-Kooperation Mecklenburg-Vorpommern GmbH  
Vorlage: 00658/2016**

**Bemerkungen:**

Herr Nieke erläutert die Notwendigkeit der Beschlussvorlage. An Hand einer Präsentation zeigt er u.a. die Wege und die Entwicklung der Klärschlammentsorgung in M-V auf, nennt die bisherigen Gesellschafter und die

derzeitigen Interessenten für die Klärschlamm-Kooperation M-V GmbH. Er ging auch auf die Marktentwicklung hinsichtlich der zu erwartenden Entsorgungspreise und die zu erwartenden Engpässe für Verbrennungskapazitäten ein.

Auf die Frage von Herrn Mecklenburg bezüglich des Investitionsrisikos der neu zu errichtenden Verwertungsanlage erklärt Herr Nieke, dass das Ministerium für Inneres und Sport eine Risikobewertung verlange, sowie eine Analyse des Europäischen Marktes. Hierzu wird von der Landesregierung ein sogenanntes Notifizierungsverfahren gefordert, welches bereits bearbeitet wird. Grundsätzlich unterstützt die Landesregierung das Konzept der Klärschlamm-Kooperation M-V GmbH. Die Rückgewinnung von Phosphaten aus der Asche ist derzeit noch nicht möglich. Deshalb ist eine Deponierung der Asche vorgesehen. Im Konzept für die Verbrennungsanlage ist eine Phosphatrückgewinnung nicht vorgesehen, könnte aber nachgerüstet werden.

Auf eine weitere Nachfrage von Herrn Mecklenburg nach dem Zeitpunkt, wann die Maßnahme nicht mehr zurückgezogen werden kann antwortet Herr Nieke, dass mit Zustimmung der Beschlussvorlage, gleichzeitig auch eine grundsätzliche Zustimmung zum Bau einer eigenen Anlage getroffen wird. Er führt weiter aus, dass durch die Absicherung der Tonnage durch die Gesellschafter langfristig eine Auslastung gewährleistet wird.

Mögliche Förderungen sind in der groben Finanzplanung noch nicht berücksichtigt.

Sollte es keine Förderungen geben, so werde dennoch gebaut, erklärt Herr Nieke auf Nachfrage. Davon sei aber nicht auszugehen, da es bereits sehr konkrete Gespräche gibt.

Die Finanzierung soll durch die Kooperations GmbH erfolgen. Dazu ist eine Erhöhung des Stammkapitals notwendig, damit die Gesellschaft zur Anlagenfinanzierung den erforderlichen Eigenkapitalanteil nachweisen kann. Im Wirtschaftsplan der SAE wird sich die Erhöhung des Stammkapitals im Investitionsplan für 2017 oder einem Folgejahre widerspiegeln. Jeder Gesellschafter wird entsprechend seiner Anteile an der Gesellschaft anteilig an der Kapitalerhöhung beteiligt. Unter der gegenwärtigen Beteiligungsstruktur an der GmbH ist mit einem SAE-Anteil von 800 Teuro bis zu einer Million Euro zu rechnen. Die Erwartung ist jedoch, dass die guten Gespräche mit weiteren Körperschaften dazu führen, dass der Anteil geringer ausfallen wird.

### **Beschluss:**

1. Die Stadtvertretung stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Klärschlamm-Kooperation Mecklenburg-Vorpommern GmbH in § 2 Abs. 1 mit folgendem Wortlaut zu (Unterstreichungen neu):

(1) Gegenstand des Unternehmens ist sind die Verwertung von Klärschlamm in einer eigenen Monoverwertungsanlage mit Phosphorrecycling-Option, nach Maßgabe des Vergabe- und Kommunalrechts überwiegend aus den eigenen Kläranlagen der Gesellschafter, sowie das Beschaffungsmanagement betreffend den in den Entsorgungsgebieten der Gesellschafter anfallenden Klärschlamm, insbesondere durch die gemeinsame Vergabe von Dienstleistungen zur langfristigen, nachhaltigen und kostengünstigen Verwertung und Beseitigung von Klärschlamm durch Dritte.

Die Gesellschafter sind verpflichtet, der Gesellschaft die bei ihnen anfallenden Klärschlämme zu überlassen.

2. Die Stadtvertretung stimmt der Aufnahme weiterer Gesellschafter in die Klärschlamm-Kooperation Mecklenburg-Vorpommern GmbH und der in Zusammenhang damit notwendigen weiteren Anpassungen des Gesellschaftsvertrages zu.

**Abstimmungsergebnis:**

|               |   |
|---------------|---|
| Ja-Stimmen:   | 6 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltung:   | 2 |

**zu 5      Sonstiges**

**zu 5.1      Verfahren zur Berichterstattung zum Haushalt  
Wiedervorlage aus der FiA Sitzung am 31.03.2016**

**Bemerkungen:**

Herr Riemer informiert darüber, dass die Verwaltung den Bericht zum 30.04.2016 in der FiA Sitzung am 26.05.2016 vorlegen möchte. Dieser Bericht wird in einer wesentlich kürzeren Form erstellt und orientiert sich dabei am Bericht zum 31.12.2015. Herr Schmidt regt an, auch die Fachausschüsse zu beteiligen. Nach kurzer Diskussion gibt es folgende Empfehlung:

Der FiA bittet die Verwaltung, dass alle Fachausschüsse in den Beratungsverlauf dieser Vorlage aufgenommen werden. Die Verwaltung sichert dies zu.

**zu 5.2      Beratung zu den wesentlichen Punkten im Hpl Entwurf 2017  
Wiedervorlage aus der FiA Sitzung am 31.03.2016**

**Bemerkungen:**

Herr Schmidt erklärt einleitend, dass er von der Verwaltung eine Vorlage mit der Nennung der wesentlichen Produkte mit ihren Zielen, Leistungen und Kennzahlen usw. als Beratungsgrundlage zur heutigen Sitzung erwartet habe.

Diskutiert wird über den zur vergangenen Sitzung vorgelegten Sachstand und das Verfahren sowie den weiteren Umgang mit den „wesentlichen Produkten“.

Im Ergebnis der Diskussion sagt die Verwaltung eine Beschlussvorlage zu.

Der Finanzausschuss bittet darum, den Verwaltungsvorschlag in alle Fachausschüsse zur Beratung zu verweisen und die abschließende Beratung im Finanzausschuss mit dem Einfließen der Ergebnisse der Fachausschüsse vorzunehmen. Ziel sollte sein, bei der Erstellung des Hpl Entwurfes 2017, der in der StV im September 2016 eingebracht werden soll, eine abschließende Entscheidung zu den wesentlichen Produkten getroffen zu haben.

gez. Stefan Schmidt

---

Vorsitzende/r

gez. Ingrid Arlt

---

Protokollführer/in